

Auto rollt über Gartensitzplatz

Knutwil Im Ortsteil St. Erhard in der Gemeinde Knutwil ereignete sich gestern Morgen ein tragischer Unfall mit Todesfolge. Wie die Luzerner Polizei in einer Mitteilung schreibt, geriet ein 77-jähriger Autofahrer mutmasslich wegen eines gesundheitlichen Problems von der Mauenseestrasse.

Dabei fuhr das Auto unkontrolliert rund 200 Meter über ein Rapsfeld und einen Gartensitzplatz. Anschliessend prallte das Auto in eine Hausmauer. Gemäss Mitteilung der Polizei verstarb der Mann noch auf der Unfallstelle. Nebst der Polizei standen das Amtsoffizium, der Rettungsdienst, ein Abschleppdienst sowie ein Helikopter der Alpine Air Ambulance im Einsatz. Beim Unfall entstand ein Sachschaden in der Höhe von 70 000 Franken. (pl)

Bike-Flowtrail gewinnt Preis

Tourismus Region Luzern West hat aus 14 Kandidaturen für den Tourismuspreis 2022 den Bike-Flowtrail Marbachegg zum Sieger gekürt. Die Auszeichnung ist mit insgesamt 3000 Franken dotiert. Der Flowtrail der Sportbahnen Marbachegg ist seit Juni 2019 in Betrieb und der Erste im Kanton.

Jérôme Martinu, Jurymitglied und Chefredaktor dieser Zeitung, bezeichnet das Projekt als sehr nachhaltig. Der Trail leiste «einen wichtigen Beitrag, um die grosse Abhängigkeit der Sportbahnen Marbachegg vom Winterbetrieb zu reduzieren und mit den vorhandenen Transportressourcen auf den Sommertourismus zu verlagern.» Für die Anerkennungspreise wurden die Bike-Genusstour «Savurando Entlebuch» und die Sörenberger Buchungsplattform «Mit nur einem Klick in die Ferien» nominiert. (lf)

Immer mehr Kleinhaushalte

Kanton Luzern Im Kanton Luzern gibt es 185 000 Privathaushalte. Je gut ein Drittel davon sind 1- und 2-Personen-Haushalte, teilt Lustat Statistik Luzern in einer Mitteilung mit. Kleinere Haushalte prägen das Luzerner Haushaltsbild immer mehr, so sind etwa 1-Personen-Haushalte in städtischen Gemeinden stärker verbreitet als auf dem Land. Den höchsten Anteil an 1-Personen-Haushalten weist die Stadt Luzern aus (46 Prozent).

Die meisten Luzerner Haushalte (63 Prozent) sind nach Familienhaushalte (2 Erwachsene und mindestens ein Kind). Haushalte mit 4 und mehr Personen sind in Schlierbach (32 Prozent), Doppleschwand (30) und Altishofen (29) besonders ausgeprägt. Die durchschnittliche Anzahl Personen pro Haushalt hat sich in den letzten 50 Jahren von 3,43 auf 2,23 Personen verringert. (rem)

Bauland auf Vorrat einzonieren?

Für Firmen sollen künftig rasch neue Flächen zur Verfügung stehen, fordert Kantonsrat André Marti.

Reto Bieri

Seit das Schweizer Stimmvolk vor knapp zehn Jahren Ja gesagt hat zum neuen Raumplanungsgesetz, ist klar: Mit Boden muss haushälterisch umgegangen werden. Umso bemerkenswerter ist deshalb ein Postulat von FDP-Kantonsrat André Marti. Der Willisauer fordert die Einzonung von Bauland für die Wirtschaft, falls es künftig nötig wird. Er wolle damit verhindern, dass für den Kanton Luzern ein Wettbewerbsnachteil entsteht.

Ansetzen will Marti beim kantonalen Richtplan, der zurzeit überarbeitet wird. Ihm fehlt darin «ein griffiges Instrumentarium für die Schaffung von verfügbarem Bauland in der Arbeitszone». Einzig für die bei-

den strategischen Arbeitsgebiete (SAG) in Inwil und Reiden, die auf die Ansiedlung von nationalen oder internationalen Firmen abzielen, sei dies vorgesehen.

Mit seinem Vorstoss zielt der Willisauer Stadtpräsident weder auf die SAG noch auf die kommunalen Arbeitsgebiete ab. Er wolle den Fokus auf die mittlere Ebene legen, konkret auf regionale Arbeitsgebiete sowie die kantonalen Entwicklungsschwerpunkte (ESP). Von Letzteren sind im Richtplan momentan zwölf festgelegt. Ihnen räumen die Behörden bei der Entwicklung eine hohe Priorität ein. Marti: «Ein Fall für einen ESP wäre, wenn sich zum Beispiel eine Solarzellenfabrik hier ansiedeln möchte.» Er betont, in erster Linie sollen bestehende

Gebäude genutzt oder Neubauten auf bestehenden Landreserven realisiert werden. Nur wenn das nicht möglich ist, sollen Baulandreserven mittels Neueinzonungen geschaffen werden. «Dies auch auf Vorrat für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre.» Im Kanton Luzern seien Einzonungen in die Arbeitszone bislang nämlich nur «projektbezogen» möglich, wenn also ein konkretes Interesse eines Unternehmens vorliegt.

«Verfahren dauern deutlich zu lange»

Damit werde der raschen wirtschaftlichen Dynamik nicht Rechnung getragen, moniert Marti. «Die Verfahren dauern mit mindestens ein bis zwei Jahren deutlich zu lange.» Es fehle

eine Strategie und Massnahmen, wie schnell neue Flächen bereitgestellt werden können. Zu vermeiden sei jedoch die Hortung von Bauland. Als mögliche Lösung sieht Marti, dass Gemeinden Land als strategische Reserve kaufen. Weiter könne man mit Grundeigentümern Verträge abschliessen, damit sie das Land in nützlicher Frist überbauen.

Doch widersprechen Neueinzonungen nicht dem Volkswillen? Nein, sagt Marti und verweist auf die Wohnzonen. So dürfen Gemeinden neues Bauland schaffen, wenn sie den Bedarf nachweisen. Wichtig sei, eine effiziente Nutzung vorzuschreiben, zum Beispiel ein Gewerbegebäude mit mehreren Geschossen. Marti: «Wir müssen mit der Ressource Boden

sorgsam umgehen. Das heisst aber nicht, dass man gar nicht mehr einzonnen kann.»

Ein Blick in die Bauzonenstatistik zeigt, dass die Fläche der Arbeitszonen im Kanton Luzern rund 1800 Hektaren beträgt. Davon sind knapp 20 Prozent unüberbaut – also nicht gerade wenig. Die Zahlen seien mit Vorsicht zu geniessen, warnt Marti. «Sie sagen wenig darüber aus, ob die unüberbauten Flächen auch verfügbar sind.» Oft handle es sich um strategische Reserven sowie um Aussenlager oder Parkplätze. «Unglücklicherweise gibt es auch Flächen, die gehortet werden.» Auch in Willisau sei von den zurzeit rund 12 Hektaren unüberbauter Arbeitszone nur ein kleiner Teil tatsächlich verfügbar.

Beromünster streitet über Wachstum

Die Gemeinde entscheidet am Sonntag über die Ortsplanung. Es gibt erneut Widerstand.

Dominik Weingartner

In Beromünster kommt es am Sonntag zum Showdown. Dann stimmt die Gemeinde an der Urne über die Revision der Ortsplanung ab. Und die jüngere Vergangenheit hat gezeigt: In diesem Thema steckt Zunder. 2020 lehnte die Stimmbevölkerung die neue Ortsplanung an der Urne ab, an der seit bald zehn Jahren gearbeitet wird.

Daraufhin hat der Gemeinderat eine Analyse durchgeführt – und entschieden, die Vorlage etappiert vors Volk zu bringen. Den Anfang machte die Teilrevision für den Neubau des Pflegeheims Bärgmättli, dem das Stimmvolk im Herbst 2021 an einer denkwürdigen Gemeindeversammlung zustimmte. Jetzt kommt der restliche Teil der Revision an die Urne – mit Ausnahme des Gebiets Schlössli Höchi. Eine Gemeindeinitiative verlangt nämlich Anpassungen. Das Baugebiet soll redimensioniert werden.

«Schade um die Zeit»

Darum geht es am Sonntag aber nicht. Über die Initiative wird später entschieden. Doch die komplizierte Ausgangslage zeigt, dass der Widerstand gegen die Pläne des Gemeinderats bei der Ortsplanung ungebrochen ist. Gegen die aktuelle Vorlage hat sich ein Nein-Komitee gebildet. Michael Estermann ist Teil dieses Komitees. Er kritisiert vor allem das angepeilte Wachstum für Beromünster. «Es sollen 500 neue Wohnungen gebaut werden, 400 davon im Ortsteil Beromünster. Das ist zu viel», sagt er. Estermann kritisiert auch das Vorgehen nach dem Nein vor zwei Jahren. Zwar seien Vertreterinnen und Vertreter seiner Gruppierung in die Begleitgruppe zur Ortsplanungsrevision aufgenommen worden.

Aber: «Wir waren in der Minderheit. Die anderen haben schon jahrelang an der Revision



Die Gemeinde soll vor allem im Ortsteil Beromünster wachsen.

Bild: Urs Flüeler / Keystone

gearbeitet und waren auf der Linie des Gemeinderats.» Die Integration der Gegnerschaft in die Begleitgruppe sei eine «Proforma-Veranstaltung» gewesen, so Estermann. «Es ist schade um die Zeit, dort rein zu sitzen.» Der Gemeinderat wolle «maximales Wachstum auf Teufel komm raus». Kompromissbereitschaft könne er nicht erkennen. Dass sich die Vorlage aus seiner Sicht nur geringfügig von der vor zwei Jahren abgelehnten unterscheidet, findet Estermann «nicht demokratisch».

Gemeindepräsident relativiert Wachstum

Gemeindepräsident Hans-Peter Arnold (FDP) sieht das ganz anders. «Wir haben nach dem

Nein 2020 eine Analyse durchgeführt. Sämtliche Kern-Kritikpunkte sind in die neue Vorlage aufgenommen worden.» Kritiker seien in die Begleitgruppe aufgenommen worden. «Wir haben mehrere Konsultativabstimmungen durchgeführt, die deutliche Resultate hervorgebracht haben», so Arnold. «Aber man akzeptiert offenbar Mehrheitsentscheide nicht.»

Sorgen wegen des Wachstums könne er grundsätzlich nachvollziehen, jedoch nicht in Bezug auf die aktuelle Vorlage. Arnold relativiert die Zahlen: «Die 500 neuen Wohnungen sind der maximale Ausbau, wobei 70 nach geltendem Recht bereits im Bau sind. Zudem ist das auf 15 bis 20 Jahre verteilt.» Also

seien es maximal 30 neue Wohnungen pro Jahr, was jährlich ungefähr 50 neue Einwohnerinnen und Einwohner bringen würde. «Das ist eine sehr ausgewogene Planung.»

Zudem: «Wir betreiben eine aktive Bodenpolitik. Die Gemeinde verfügt über Kaufrechte für gewisse Grundstücke, über die sie das Wachstum steuern kann», bekräftigt Arnold, der Mitte nächsten Jahres als Gemeindepräsident zurücktritt. Sollte es am Sonntag ein Nein geben, müsste man mit der Planung bei null anfangen, alle bereits ausgehandelten Verträge mit Grundeigentümern wären hinfällig. Arnold ist aber optimistisch: «Ich glaube an ein Ja am Sonntag.»

Uferbereiche werden vermessen

Vierwaldstättersee In den nächsten Tagen wird ein Helikopter über den Vierwaldstätter-, den Sempacher-, den Baldegger- und den Sarnersee fliegen. Sein Auftrag: Den ufernahen Seegrund mit einem Laserscanner vermessen. Die Daten seien wichtig für Bauprojekte und den Naturschutz, teilte die Aufsichtskommission für den Vierwaldstättersee kürzlich mit.

Der Start ist wetterabhängig und erfolgt voraussichtlich Anfang nächster Woche. «Sobald das Wetter stabil genug für Helikopterflüge und der See einigermassen ruhig ist», sagt Clemens Oberholzer auf Anfrage. Gestartet wird laut dem Luzerner Kantonsgeometer beim Vierwaldstättersee, danach folgen die restlichen drei Seen. Die bathymetrischen Daten – so wird die Vermessung des Seegrunds wissenschaftlich genannt – werden anschliessend in den kantonalen und nationalen Geoportalen publiziert.

Mit dem Projekt werde eine Lücke geschlossen, so Oberholzer. «Während für den Uferbereich Daten fehlen, existiert für den Vierwaldstättersee für Tiefen ab fünf Metern bereits ein Geländemodell.» Dieses basiert auf Messungen, die vor einigen Jahren mittels Echolot von einem Schiff aus erfolgt sind. Nun folge mit dem Ufer der «eigentlich interessanteren Bereich», da es dort um Bauprojekte nahe dem Ufer geht oder um Revitalisierungs- oder Naturschutzprojekte sowie um Hochwasserschutzmassnahmen, insbesondere im Bereich der Flussmündungen.

Der Helikopter fliegt auf ungefähr 150 Metern Höhe und hat eine spezielle Kamera montiert. Deren Laserstrahlen werden vom Seegrund reflektiert, wodurch die Tiefe berechnet werden kann. Die Aufnahmen erfolgen im Winterhalbjahr, weil der Temperaturunterschied zwischen Oberflächen- und Tiefgewässern weniger gross und das Wasser weniger trüb sei. «Das ist für den Verlauf des Laserstrahls besser.» (rbi)